

# **Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik**



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller\*in: Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis)

## **Änderungsantrag zu D-02**

### **Von Zeile 33 bis 34 einfügen:**

unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und hierfür auch legale und sichere  
Fluchtwege gewährleisten. Wer Schutz braucht, muss Schutz bekommen.

Unsere verfassungsrechtlichen Vorgaben setzen zu Recht einen hohen Standard. "Die  
Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren" urteilte das  
Bundesverfassungsgericht 2012. An diesen Satz sollten wir uns gerade jetzt wieder erinnern.  
Die vorgeschlagene Verlängerung des Grundleistungsbezugs nach dem  
Asylbewerberleistungsgesetzes auf 36 Monate ist das Resultat einer Stimmungsmache gegen  
Geflüchtete. Die immense Verschlechterung der Lebenssituation von Menschen ist kein  
geeignetes Mittel zur Steuerung von Migration. Alle Maßnahmen sind verfassungsrechtlich  
genau zu prüfen und ihre Folgewirkungen zu beachten. Integration darf nicht nachhaltig  
behindert werden. Niemandem ist geholfen, wenn wir Armut verschärfen und damit für mehr  
Armutskriminalität und Armutsexpansion sorgen. Niemandem ist geholfen, wenn die Bildungs-  
und Teilhabechancen von Kindern langfristig behindert werden. Niemandem ist geholfen, wenn  
sich Erkrankungen verschlimmern oder chronifizieren, weil Menschen nur eingeschränkten  
Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Das sorgt nicht nur für individuelles Leid sondern  
auch für immense Folgekosten. Wir dürfen nicht mit den Entscheidungen von heute für die  
Integrationsprobleme von morgen sorgen. Diesen Fehler hat Deutschland zu oft gemacht.

## **Begründung**

Es gibt keinerlei wissenschaftliche Evidenz, dass sog. Pullfaktoren maßgeblich für Migration sind.  
Primär fliehen Menschen vor Krieg, Folter und Unterdrückung. Das Zielland wählen sie v.a. wegen  
der Aussicht auf rechtsstaatliche Verfahren und Rechtssicherheit. Demokratie ist der Pullfaktor.  
Dazu kommt die Aussicht, sich mit Arbeit eine eigenständige Existenz aufzubauen. Außerdem sind  
soziale Beziehungen entscheidend: Menschen gehen dahin, wo sie Familie, Freunde und Bekannte  
haben. Sozialleistungen hingegen sind nicht ausschlaggebend. Sie zu kürzen hat aber gravierende  
Folgen für die Geflüchteten, die bereits hier leben und von denen sehr viele bleiben. Integration  
wird so behindert. (vgl. [https://www.cream-migration.org/publ\\_uploads/CDP\\_05\\_19.pdf](https://www.cream-migration.org/publ_uploads/CDP_05_19.pdf))

## **weitere Antragsteller\*innen**

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Sebastian Karg (KV  
Schwäbisch Hall); Maurits Freudenmann (KV Ulm); Rosa Valerie Buss (KV Konstanz); Elly Reich (KV

Karlsruhe); Manuel Becker (KV Ulm); Wilfried Weisbrod (KV Kurpfalz-Hardt); Bärbl Mielich (KV Lüchow-Dannenberg); Sarah Heim (KV Stuttgart); Bastian Schäffauer (KV Karlsruhe); Victoria Link (KV Karlsruhe); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Sebastian Martin Lederer (KV Fürstenfeldbruck); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Katharina Zimmer (KV Stuttgart); Philipp Schmagold (KV Plön); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.